

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Sabine Kebir

16.05.2024

Verbot statt Debatte

Der Nakba-Tag erinnert an die Vertreibung der Palästinenser. Im vergangenen Jahr sagte der Evangelische Kirchentag eine Ausstellung dazu ab



Eldan David/Pressebüro der Regierung Israels/dpa

Große Vertreibung. Araber fliehen beim Eintreffen israelischer Soldaten mit ihren Habseligkeiten aus Galiläa in den Libanon (14.5.1948)

Wolfgang Benz (Hg.): Erinnerungsverbot? Die Ausstellung »Al Nakba« im Visier der Gegenklärung, Berlin: Metropol Verlag 2023

Sabine Kebir schrieb an dieser Stelle zuletzt in der Ausgabe vom 10./11.2. über [Krieg und Ausbeutung in Bertolt Brechts frühen Stücken](#).

Jeden 15. Mai wird weltweit an die »Nakba« (Katastrophe), die Vertreibung von 750.000 Palästinensern zwischen dem Herbst 1947 und dem Frühling 1949 erinnert. 2023 wurde zum ersten Mal auch bei den Vereinten Nationen der Nakba-Tag begangen. Einen Monat später durfte eine die Nakba dokumentierende Ausstellung auf dem Deutschen Evangelischen

Kirchentag (DEKT) in Nürnberg nicht gezeigt werden. In den Jahren zuvor war die Ausstellung seit 2010 stets bei den Kirchentagen präsentiert worden. Es erscheint als Ironie, dass die aus Quellen israelischer Historiker vom Verein »Flüchtlingskinder im Libanon e. V.« 2008 erstellte Nakba-Ausstellung unter anderem durch den Evangelischen Entwicklungsdienst finanziell gefördert worden war. Anregungen zu Korrekturen waren zuvor stets angenommen und gegebenenfalls eingearbeitet worden. Das Verbot fügte sich in eine schon jahrelang nachlassende Informationspolitik deutscher Leitmedien über die israelische Besatzungspolitik und die ihr vorausgehende komplexe Geschichte ein. Die Folge solch einseitiger Informationspolitik ist, dass der ein Vierteljahr später stattfindende Terrorangriff der Hamas die Öffentlichkeit komplett überraschte.

Ein im vergangenen Jahr im Berliner Metropol-Verlag von Wolfgang Benz herausgegebener Band »Erinnerungsverbot? Die Ausstellung ›Al Nakba‹ im Visier der Gegenaufklärung«, der die gesamte Ausstellung vorstellt, versammelt Texte von Wissenschaftlern und Publizisten, die gegen das Verbot protestierten. Reinhard Hauff, Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, dokumentiert den Briefwechsel zwischen den Machern der Ausstellung, ihren Befürwortern und den Verantwortlichen des DEKT. Letztere blieben lange eine Antwort schuldig, behaupteten schließlich, dass es kein »Recht auf Zulassung oder eine Begründung für eine Ablehnung« gebe. Der Verein dürfe zwar wieder einen Stand auf dem sogenannten Markt der Möglichkeiten errichten, nicht aber die Ausstellung zeigen. Nach weiteren beharrlichen Protesten auch aus kirchlichen und jüdischen Kreisen, wurde schließlich erklärt, dass die angeblich »einseitige« Ausstellung Diskussionen eher ausschliesse als eröffne.¹

Außerhalb des Bewusstseins

Das widersprach allen Erfahrungen auf den fast 200 Stationen, auf denen die Ausstellung bislang gezeigt worden war. Und gerade der Markt der Möglichkeiten des DEKT, auf dem sehr verschiedene Positionen vertreten sind, bietet beste Möglichkeiten zur Diskussion. Allerdings diskutiert es sich besser auf Grundlage von Dokumenten. Offensichtlich hatten die Verantwortlichen des DEKT im vergangenen Jahr Sorge, durch das Zeigen dieser Dokumente in den Verdacht eines immer weiter gefassten »israelbezogenen Antisemitismus« zu geraten. So wäre es wohl auch jenen ergangen, die 2008 die Eröffnung der Ausstellung mit warmen Worten unterstützten. Ihnen galt damals das Anliegen, über die Nakba zu informieren, noch als »überzeugendes Mittel, die in Deutschland weitgehend unbekanntes palästinensische Sichtweise auf die Ursachen des Nahostkonflikts in der Öffentlichkeit bewusst zu machen. Ohne Verständnis für die berechtigten Anliegen beider Seiten kann es keinen Frieden geben«.

Unter anderem unterschrieben seinerzeit: Franz Alt, Uri Avnery, Norbert Blüm, Eitan Bronstein, Sumaya Farhat-Naser, Gerhard Fulda, Johan Galtung, Günter Grass, Alfred Grosser, Stéphane Hessel, Ulrich Kienzle, Felicia Langer, Michael Lüders, Abraham Melzer, Rupert Neudeck, Bahman Nirumand, Paul Oestreicher, Norman Paech, Werner Ruf, Peter Scholl-Latour, Salah Abdel-Shafi, Ernst Tugendhat, Dries van Agt (Ministerpräsident a. D. der Niederlande) Rolf Verleger, Konstantin Wecker, Jean Ziegler, Moshe Zuckermann, Andreas Zumach.

In einer aktuell gebliebenen Rede als Schirmherr der Ausstellung von 2010 in Tübingen erklärte sich der renommierte Philosophieprofessor Ernst Tugendhat jenen Juden zugehörig, »die angesichts des dauernden Unrechts, das vom israelischen Staat an den Palästinensern verübt und von der großen Mehrheit der israelischen Bevölkerung mitgetragen wird, mit Scham, ja mit Fassungslosigkeit dastehen«. Hinter dem »seit 1967 in der militärischen Besatzung und Unterwanderung von Restpalästina« ausgeübten Unrecht sei »die Vertreibung eines großen Teils der Palästinenser aus ihrem Land kurz vor und nach der Ausrufung des israelischen Staates« im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit in den Hintergrund getreten. Ein Friedensschluss setze voraus, dass »nicht nur Israel und die in Palästina verbliebenen Palästinenser sich in ihrem Existenzrecht und in ihrem Sicherheitsbedürfnis wechselseitig anerkennen, auch die Flüchtlinge müssten in ihrem Rückkehrrecht anerkannt werden«. Israel könne dafür verantwortlich gemacht werden, weil es mit der offiziellen Konfiszierung des Eigentums der Geflohenen deren Status als solche anerkannt habe.²

Er sei selbst überrascht von den Dokumenten der Ausstellung gewesen, die bewiesen, dass schon Theodor Herzl und David Ben-Gurion »von vornherein der Meinung waren, dass der jüdische Staat nur durch eine Aussiedlung der palästinensischen Bevölkerung zu erreichen« sei. Die »ethnische Intoleranz« sei »in der Idee eines sich ethnisch verstehenden Judenstaates in Palästina vorprogrammiert« gewesen. Sie stand dem »moralisch-universalistischem Strang« der jüdischen Tradition entgegen. In ihr habe es aber »seit Esra und Nehemia, einen partikularistischen, ethnozentrischen Strang« gegeben, in dem es nur um »die ausschließliche Sorge, nur um das Überleben des eigenen Kollektivs« gegangen sei, »verbunden mit dem Gefühl des Auserwähltseins«. Dass der Zionismus in dieser Form überhaupt entstanden sei, habe nicht nur am allgegenwärtigen Antisemitismus gelegen, sondern auch »an der damals noch selbstverständlichen kolonialistischen Mentalität Europas«. Die Nichtachtung der Palästinenser habe ihre »Parallelen in der Nichtachtung der anderen, von Europa kolonisierten Völker« gehabt.³ Der 2023 verstorbene Tugendhat wäre mit seiner vor 13

Jahren gehaltenen Rede heute wohl zum »selbsthassenden« oder gar »antisemitischen Juden« erklärt worden.

Virulentes Problem

Als Herausgeber setzt der Antisemitismusforscher Wolfgang Benz einige andere Akzente als Tugendhat. Im Unterschied zu den deutschen Flüchtlingen des Zweiten Weltkriegs, deren Integration von den Alliierten befohlen worden war, seien die vertriebenen Palästinenser zu einem »Generationen dauernden Lagerleben verurteilt« und »als Faustpfand und Drohpotential gegen Israel missbraucht worden, wo ihre Forderung nach Rückkehr zu Recht Furcht und Schrecken bereitet«. Er betont auch, dass die arabischen Staaten die Gründung Israels mit Krieg beantworteten, erwähnt aber nicht, dass die Vertreibung schon 1947 begann und am 14. Mai 1948, dem Tag der Staatsgründung, bereits 75.000 Palästinenser vertrieben worden waren. Benz hält die Nakba für »individuelles Leid, das Menschen angetan wurde«. Damit spricht er ihr indirekt ab, auch kollektives Leid zu sein, als das die von den Juden erlittene Shoah allgemein gesehen wird.

Gleichwohl meint Benz, dürfe weder den Palästinensern noch der Öffentlichkeit die Erinnerung an die Nakba verweigert beziehungsweise vorenthalten werden. Auch für ihn steht fest: Die »Probleme der Nakba sind noch immer virulent«. Energisch wendet er sich gegen die Verengung der Debattenkultur. »Ist die Erwähnung des privaten Leids palästinensischer Familien ein sträflicher Akt der Anprangerung Israels? Handelt es sich gar um Antisemitismus, wenn man Empathie für erlittenen Schmerz zeigt, ohne gleichzeitig anzuklagen und Unwiederbringliches einzufordern?« Und er fügt hinzu: »An die Nakba zu erinnern bedeutet, sich in Konfliktzonen zu begeben.« Dass die Nakba in Israel »nicht Bestandteil der Erinnerungspolitik« sei, ist allerdings ein Euphemismus, denn jede öffentliche Erinnerung an die Vertreibung der Palästinenser ist dort sogar eine Straftat. In Deutschland sei die Nakba, »wenn nicht völlig unbekannt, dann als vermutete Parteinahme für Palästina und Affront gegen Israel stigmatisiert. Das erfahren auch die wenigen, die über den historischen Sachverhalt informieren wollen«.

Für Benz ist das Zeigen der Ausstellung »notwendig als Denkanstoß«. Aber 2023 wurde sie »vom Bannstrahl der Verantwortungsträger des Evangelischen Kirchentags als Maßnahme vorausseilenden Missionseifers« getroffen, »in engstirniger Observanz von falsch verstandenem Philosemitismus«. Benz schließt sich dem ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau an, der auf einer internationalen Antisemitismuskonferenz erklärt hatte, »Israel auf politische Fehler aufmerksam zu machen«, sei »eine Freundespflicht«. ⁴

Micha Brumlik weist auf Spannungen zwischen protestantischen Theologen hin, die beim Verbot der Ausstellung vielleicht eine Rolle gespielt hätten: Es könnte eine Reaktion auf eine Strömung gewesen sein, für die er stellvertretend den Professor für Missionstheologie Ulrich Duchrow zitiert. Dieser behauptete 2016 in einer Festschrift, »dass der Staat Israel geradezu der Inbegriff des kolonialen Ausgreifens Europas sei: ›Im westlichen Imperium ist Israel also das Extrem der westlichen kolonialistischen, kapitalistischen, imperialen, wissenschaftlich-technischen gewalttätigen Eroberungskultur der letzten 500 Jahre.«⁵ Derselbe Antagonismus habe einer Kontroverse zwischen dem israelischen Philosophen Omri Boehm und Jürgen Habermas zugrunde gelegen. Boehm kritisierte Habermas dafür, dass er sich in einem Interview für *Haaretz* geweigert habe, zum israelisch-palästinensischen Konflikt Stellung zu nehmen, weil er als Deutscher in Anbetracht des Holocaustverbrechens dazu nicht befugt sei. Das Verbot der »historisch präzisen Nakba-Ausstellung« beruhe, so Brumlik, »wahrscheinlich auf ungeklärten moralischen Emotionen gründenden Schuldgefühle(n) sowie auf Angst vor ›israelbezogenem Antisemitismus««. Aber dieser werde vielleicht sogar gestärkt, wenn man »dem Kirchentag sowie seinen auch jüdischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern nun leicht vorwerfen kann, die Wahrheit zu verschweigen«.⁶

Brumliks Beitrag enthält auch brisante Zitate, auf die sich Theologen berufen, die die israelische Besatzungspolitik als kolonial einstufen. So habe David Ben-Gurion schon in den 1930er Jahren einen »Zwangstransfer« der arabischen Bevölkerung Palästinas befürwortet, den möglichst die britische Mandatsmacht bewerkstelligen sollte: »Ich sehe nichts Unmoralisches daran, allerdings ist ein Zwangstransfer nur durch England, nicht durch die Juden möglich.«⁷ Dass sich der spätere erste Ministerpräsident Israels auch auf ein vermeintlich durch die Thora verbrieftes Recht stützte, offenbarte der befreundete Dichter Chaim Guri, der auf Ben-Gurions Schreibtisch einen Vers aus dem Buch Exodus entdeckte, in dem es »mit Blick auf die Völker Kanaans hieß: ›Nur allmählich will ich sie vor dir zurückdrängen, bis du so zahlreich geworden bist, dass du das Land in Besitz nehmen kannst.«⁸

Erinnerung und Versöhnung

Die vor und nach der Staatsgründung durch jüdische Milizen und dann die Armee in Gang gesetzte Vertreibung war, so die Journalistin Charlotte Wiedemann, nur »in geringerem Maße eine desaströse Folge des Angriffs der arabischen Nachbarstaaten; vielmehr galt es für das junge Israel strategisch zu erkämpfen, was der Teilungsplan der Vereinten Nationen gar nicht vorsah: eine eindeutige, machtvolle und haltbare jüdische Mehrheit im jüdischen Staat.«

Wiedemann hat sich einer Führung der um historische Erinnerung und Versöhnung bemühten israelischen Organisation Zochrot angeschlossen. Deren »I-Nakba App zeigt auf einer digitalen Landkarte mehr als fünfhundert entvölkerte Ortschaften. Tippt man darauf, klappt zu jeder ein kleines Archiv auf, Ergebnis langjähriger Nachforschungen«. Wiedemann erfuhr, dass Tel Aviv »auf sechs zerstörten, getilgten palästinensischen Ortschaften« steht und dass östlich der Stadt in »einer seltsamen Dialektik von Entwurzelung und Aufforstung (...) die Stätten der Vertreibung vielerorts mit schnell wachsendem Gehölz bepflanzt« wurden. Durch Spenden habe die jüdische Diaspora »wissend oder unwissend (...) das Begrünen der Amnesie« ermöglicht. Andere Orte der Vertreibung wurden mit Beton planiert. Für jüdisch-palästinensisch gemischte Gruppen bietet Zochrot die Führungen zweisprachig an, auch um zum Erlernen der Sprache der Mitbürger aufzufordern. Von einem arabischen Experten, der Zochrot als Dokumentarist angehört, erfuhr Wiedemann, der Verein sehe es als »Fortschritt«, dass das Wort Nakba mittlerweile der israelischen Öffentlichkeit geläufig sei. »Die Vertreibungen gelten nicht mehr als Phantasiegebilde. Aber sie werden gerechtfertigt, es gibt kein Schuldbewusstsein. Und es wird daraus sogar eine Drohung an die Palästinenser gerichtet: ›Erinnert euch, was wir taten; wir können es wieder tun.« Nur bei einer kleinen jüdischen Minderheit entstand das neue Bewusstsein, das sich Zochrot erhofft. Das Bildungsministerium verbiete Schulen, das Nakba-Thema anzusprechen. Versuchen es Lehrkräfte dennoch oder buchen sie gar eine Zochrot-Tour, drohe ihnen die Kündigung.⁹

Dass Israel als Staat entstehen konnte, war die notwendige Folge des Holocaust. Festzuhalten ist, dass der Zionismus die Konstituierung eines jüdischen Staats schon lange vor der Schoah und in anderer Form anstrebte, als die UNO 1947 vorgab. Da die reale Staatsgründung und das spätere staatliche Leben entscheidend von bereits vorher entstandenen Ideologien des Zionismus geprägt waren, stellt der israelische Historiker Moshe Zuckermann den gängigen einfachen Nexus zwischen dem »monströse(n) Völkermord und der Staatsgründung« in Frage. Die Schoah habe »in einer vom heutigen Israel fernen Region« stattgefunden und »widerfuhr Menschen, die weder israelische Staatsbürger sein konnten noch unbedingt eine Affinität zum künftig zu errichtenden Judenstaat aufwiesen«. Immer noch lebe ein Großteil der Juden außerhalb Israels und auch viele Schoah-Überlebende wollten dort nicht »ihre Lebenswelt etablieren«. Wenn die Errichtung des Staates als »Antwort« der Juden auf die ihnen widerfahrene Katastrophe gelte, liege das Gewicht auf der Staatsgründung und die Schoah werde »zum Epiphänomen eines ihr nachfolgenden Ereignisses, quasi zum Argument« degradiert. Begreife man sie aber als »Zäsur in der Menschheitsgeschichte, als

einen Zivilisationsbruch«, verböte sich »die sinnstiftende Dimension der israelischen Staatsgründung; sie kann nichts zur Deutung der Schoah beitragen«. Wer versuche, sie »zu begreifen, gar zu erklären« sei »unweigerlich ihrem sui generis« unterworfen.¹⁰ Zuckermans Darlegung wird auch dadurch bekräftigt, dass die Schoah-Überlebenden, die nach Israel kamen, dort zunächst nicht willkommen waren.¹¹ Ihre desaströse Erfahrung spielte bei der Konfiguration des Staatsverständnisses zunächst keine Rolle, das geschah erst ab 1952, als sie für die Wiedergutmachung instrumentalisiert werden konnte.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und Israel sei bis heute gekennzeichnet »durch eine höchst problematische, wenn auch nachvollziehbare Vermengung von Schuldgefühlen, praktischen Interessen und interessengeleiteter Schuldabteilungsideologie«, so Zuckermann. Es sei endlich anzuerkennen, »dass die Notwendigkeit, nach der Schoah einen Staat für die Juden zu errichten, mit der Katastrophe des palästinensischen Volkes bezahlt wurde«. Wer dies mehr oder weniger bewusst ignoriere, »mag sich mit dem guten Gefühl beruhigen, seiner (schuldbeladenen) Verantwortung ›den Juden‹ gegenüber Genüge zu tun, darf indes nicht beanspruchen, die Logik des blutigen Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern angemessen begriffen, geschweige denn beurteilt zu haben«. ¹² Diese defizitäre Haltung aber sei es, die jegliche Kritik an israelischer Politik »zur politischen Bedrohlichkeit« werden lässt, »wenn sie nicht mit dem korrespondiert, was in Jerusalem als ›israelische Interessen‹ ausgegeben wird bzw. nicht das Plazet der israelischen Botschaft in Deutschland oder gar des Zentralrats der Juden zu erlangen vermag«. Zuckermann macht auf den fundamentalen Irrtum aufmerksam, alle Juden mit Israel oder gar mit dessen Staatsideologie identisch zu setzen. Damit käme ein Kollektivbegriff zum Tragen, der den diversen Realitäten des Judentums nicht entspräche, in dem sogar versteckter Antisemitismus liegen könne.¹³

Perspektive Binationalismus

Der palästinensische Soziologe Baschir Baschir und der israelische Historiker Amos Goldberg versuchen »einen theoretischen Rahmen für einen gemeinsamen und integrativen jüdischen und palästinensischen Diskurs über die Erinnerungen an den Holocaust und die Nakba zu entwerfen«, da es sich um zwei historisch miteinander verbundene Ereignisse in den Jahren 1947 und 1948 handele. Das, was in den bislang völlig getrennten Erinnerungskulturen als »essentialistische Entitäten« existiere, die »jedes (ver)störende ›Anderssein‹ unterdrücken«, müsse zusammengeführt werden. Selbstverständlich gehe es nicht um Infragestellung der Singularität des Holocaust. Zu beachten sei aber, dass die Juden heute nicht mehr wie in den 1930er und 1940er Jahren sowohl als Individuen als auch als

Kollektiv »ohnmächtige historische Akteure« seien, sondern eine »organisierte Gruppe«, während die Palästinenser »weitgehend unter den Bedingungen von Staatenlosigkeit, Besatzung und Zerstreuung« lebten, wodurch die Nakba »eine unablässig andauernde Gegenwart« geblieben sei. Baschir und Goldberg gehen von Vorschlägen aus jüdischer und arabischer Literatur aus.

In einem Roman des libanesischen Autors Elias Khoury werden palästinensische Vertriebene gefragt: »Habt ihr in den Gesichtern derer, die zur Vernichtung abtransportiert wurden, keine Ähnlichkeit mit euch selbst wahrgenommen?« Empathie mit den Opfern der anderen Seite, so die beiden Autoren, erfordere nicht die Aufgabe der Differenz, der eigenen Identität. Khourys Konzept entspreche dem Ansatz des amerikanischen Historikers Dominick LaCapra einer »emphatischen Verstörung«, die einen »disruptiven« Aufbruch zu neuen Ufern ermögliche, aber »weder zu Aneignung noch zu Unterwerfung« führe und »eine einfühlsame Partnerschaft« ermögliche. Die bei Juden und Palästinensern vorherrschende Sicht des Ausschlusses des Anderen führe zum Konzept des exklusiven Nationalstaats. Die durch »emphatische Verstörung« mögliche Erkenntnis, dass beide Völker eine traumatische Flüchtlingsgeschichte haben, könne dagegen zum »Binationalismus« führen. Dieser könne »im Rahmen verschiedener institutioneller Arrangements« verwirklicht werden, »in einer Föderation, Konföderation, einer parallelen Staatsstruktur, einem Kondominium, binationalen Staat und/oder in umfassend kooperativen, sich verschränkenden und miteinander verflochtenen Zweistaaten.«¹⁴

Der Beitrag der Nahostspezialistin Muriel Asseburg widmet sich unter anderem der oft missverstandenen Rolle des seit 1949 tätigen UN-Hilfswerks für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und humanitäre Hilfe. Dass die Organisation auch palästinensische Frauen und Männer beschäftigt und damit eine wichtige Arbeitgeberin ist, trage zur regionalen Stabilisierung bei. Gerade das wird jedoch im aktuellen Gazakrieg wieder in Frage gestellt. Obwohl nicht auszuschließen ist, dass sich UNRWA-Beschäftigte an Kampfhandlungen beteiligen, ist deren Tätigkeit unverzichtbar. Keine andere Organisation ist in der Lage, wenigstens die Grundbedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung zu decken. Asseburg betont auch ihre Bedeutung in den Exilländern der Nachkommen der Vertriebenen. Der Vorwurf, dadurch die Integration in die Exilländer zu behindern, ist nicht haltbar. Laut Völkerrecht verlieren weder Flüchtlinge noch ihre Nachkommen den Flüchtlingsstatus, »bis eine dauerhafte Lösung

gefunden ist. Damit soll auch die Einheit der Familie in langandauernden Fluchtsituationen geschützt werden«. ¹⁵

Anmerkungen

1 Vgl. Reinhard Hauff: »aber es ist ein Eifer ohne Erkenntnis« (Röm. 10,2). In: Wolfgang Benz (Hg.): Erinnerungsverbot? Die Ausstellung »Al Nakba« im Visier der Gegenaufklärung, Berlin 2023, S. 17–30

2 Ernst Tugendhat: Rede zur Eröffnung der Ausstellung (2010). In: ebd., S. 181. Er bezieht sich auf das »Gesetz über den Besitz von Abwesenden«. Gegenwärtig kommt es als Grundlage von Enteignung auch zur Anwendung, wenn sich Palästinenser – darunter auch die Einwohner des annektierten Ostjerusalem – länger als eine bestimmte Zeitspanne im Ausland aufhalten. Siehe auch: Baschir Baschir, Amos Goldberg: Holocaust und Nakba: Disruptive Erinnerung und Binationalismus. In: ebd., S. 67

3 Ebd., S. 182f.

4 Wolfgang Benz: »Eine Zensur findet nicht statt«. In: ebd., S. 7–14

5 Micha Brumlik: Aktives Verschweigen. In: ebd. S. 32

6 Ebd. S. 47

7 Zit. n. Tom Segev: David Ben-Gurion. Ein Staat um jeden Preis, Berlin 2018, S. 281

8 Zit. n. ebd., S. 431

9 Charlotte Wiedemann: Trauma 1948. In: ebd. S. 49–53

10 Moshe Zuckermann: Israel – Deutschland – Palästina. In: ebd., S. 59

11 Vgl. Tom Segev: Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, Reinbeck 1995

12 Zuckermann, a. a. O., S. 60

13 Ebd., S. 63

14 Baschir/Goldberg (Anm. 2), S. 65–80

15 Muriel Asseburg: 75 Jahre nach der Nakba. In: ebd., S. 82–92

(15. Mai 2024 um 09:48 Uhr)

Sabine Kebir ist ein wunderbarer Artikel zur Nakba gelungen. Dies deshalb, weil sie – in Deutschland absolut unüblich – auch die Schmerzen der vertriebenen Palästinenser thematisiert. Es fehlt nur ein einziger Aspekt: Auch im Falle Israels wird die Politik mehr durch aktuelle ökonomische Interessen als durch die Entwicklungen der Vergangenheit bestimmt. Welche Rolle Israel im Nahen Osten im Interesse des Westens zu spielen hat, um

die arabischen Staaten mit ihrem Ölreichtum ausreichend gefügig zu halten, bestimmt seine Politik seit Jahrzehnten ganz maßgeblich. Wie im Falle des Irak, Syriens, Libanons, Jemens oder des Iran gut zu erkennen, ist nämlich eine Region umso besser zu kontrollieren, je heller sie brennt.